Nr. 20

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

14. Mai 2010 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Für die Banken 750 Milliarden – Für die Bevölkerung Europas überall Sparmaßnahmen

Direkt nach dem „Rettungspaket" für Griechenland haben sich die EU-Länder in den nächsten Rettungsschirm geflüchtet, diesmal für alle EU-Staaten und für ganze 750 Milliarden!

Doch wer wurde gerettet? „Die Griechen" etwa? Welche Griechen meinen sie? Der einfachen Bevölkerung zwingt das „Hilfspaket" im Gegenteil katastrophale Verschlechterungen auf: Massenentlassungen, die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre und für Millionen Rentner und Arbeitende 15-20% weniger Einkommen, von heute auf morgen. Jeder von uns kann sich vorstellen, was das bedeutet. Erst recht, wenn gleichzeitig die Mehrwertsteuer stark ansteigt und der geplante gigantische Abbau im Öffentlichen Dienst alle öffentlichen Dienste heftig verschlechtern und die Arbeitslosigkeit noch verschlimmern wird.

Diese Maßnahmen sind ein Drama für eine Bevölkerung, die auch schon vorher alles andere als „über ihre Verhältnisse" gelebt hat. Wie bei uns leben in Griechenland einzig die Banken, die Kapitalisten, die Reichen in Saus und Braus, und nicht die Arbeiter, Arbeitslosen oder Rentner.

Die Sparprogramme, die die EU-Staaten ihnen jetzt aufzwingen, können nur eine Spirale von sinkender Kaufkraft, wirtschaftlicher Verschlechterung und damit noch mehr Armut und Arbeitslosigkeit in Gang setzen. Ihr Ende ist nicht abzusehen.

Im Gegenzug für diese fürchterlichen Maßnahmen erhält Griechenland – so erzählt man uns – ein „Hilfspaket" von den EU-Ländern. Doch das sind überhaupt keine Hilfen! 5% Zinsen verlangt zum Beispiel Deutschland von Griechenland für diese Kredite. Zum Vergleich: Den Banken, die mit ihren Spekulationen Griechenland in diesen Abgrund getrieben haben, geben sie Kredite für nur 1,5% Zinsen!



Quelle: www.stern.de

Merkel und Co. geben selber zu, dass ihre ganze angebliche „Griechenlandhilfe" in erster Linie den spekulierenden Banken nutzt, die diese Krise verursacht haben. Dasselbe gilt für das gesamte 750-Milliarden-„Hilfsprogramm". Doch sie sagen: „Wir haben keine andere Wahl, sonst bricht alles zusammen."

Überall dieselbe Erpressung

Das ist dieselbe Erpressung, mit der sie Ende 2008 die gigantische Bankenrettung gerechtfertigt haben! Mit ihr wollen sie heute die griechische Bevölkerung zwingen, sich in die Armut stürzen zu lassen. Und mit ihr fangen sie jetzt schon an, die nächsten großen Angriffe auf uns alle, auf alle Bevölkerungen Europas zu rechtfertigen.

Dabei verhindern ihre „Rettungspakete" den Bankrott nicht. Sie stopfen nur kurzfristig ein Loch, indem sie an anderer Stelle ein noch größeres Loch aufreißen. Mit jeder „Rettungsaktion" zugunsten der spekulierenden Banken steigt die Verschuldung (und die Spekulation), und steigt damit die Gefahr des nächsten Zusammenbruchs.

Was tun?

Wir müssen uns klar machen, dass die gesamte Weltwirtschaft morgen in die katastrophale Lage rutschen kann, in der sich heute Griechenland befindet. Alle Staaten haben sich unglaublich verschuldet. Jedes Land und jede Währung ist daher ein gutes Opfer für die Spekulanten. Jeder Bevölkerung drohen morgen die Schläge, die heute auf die Griechen niedersausen.
Doch sollen die Bevölkerungen weiter bluten, nur damit sich die Spirale der Spekulation weiter dreht, nur damit einige Großaktionären von Konzernen und Banken immer höhere Profite erhalten können?

In dieser Lage gibt es nur eine Hoffnung: Dass weite Teile der Arbeiterschaft trotz der massiven Erpressungen versuchen, sich zu wehren – in Griechenland und überall. Um etwas zu erreichen, werden sie zahlreich, entschlossen und gemeinsam kämpfen müssen.

Doch darüber hinaus stellt sich in aller Deutlichkeit die Notwendigkeit, Schluss zu machen mit dieser so ungerechten wie verrückten Wirtschaftsordnung. Wir brauchen Perspektiven. Forderungen, die die Lage wirklich verändern – wie die entschädigungslose Enteignung aller Banken und ihre Überführung in eine einzige Bank im Dienst und unter der Kontrolle der Bevölkerung. Und letztendlich werden wir keine andere Wahl haben, als der Kapitalistenklasse, die die Menschheit in die Katastrophe führt, irgendwann ihre diktatorische Macht über die Gesellschaft zu entreißen.

Serienmörder

Im Krefelder Edelstahlwerk von ThyssenKrupp sind am 5. Mai ein 32jähriger und ein 58jähriger Arbeiter bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommen. Sie wurden bei Reinigungsarbeiten im Kaltwalzwerk von einem Tankdeckel erschlagen. Beide arbeiteten für eine Fremdfirma.

Seit Jahren hat ThyssenKruppStahl aus Kostengründen immer mehr Arbeiten an Fremdfirmen ausgelagert oder mit Leiharbeitern besetzt. Bis zu fünf Mal öfter als Festangestellte wurden sie nach Angaben des Betriebsrates Opfer von Arbeitsunfällen: Weil sie noch mehr unter Druck stehen, weil ihnen die Einweisung oder die Arbeitsroutine fehlt und manchmal sogar die Sicherheitsausrüstung. Und nicht zum ersten Mal steht am Ende dieser kriminellen Firmenpolitik... der Tod.

TKS Duisburg: Streiken für den Arbeitgeber?

Da hat ThyssenKruppStahl (TKS) seine eigenen Arbeiter Ende April zum „Streik" aufgerufen. Den meisten Arbeitern war sofort klar, dass daran etwas faul sein musste.
Gemeinsam mit Geschäftsführung und Gewerkschaft sollten die Arbeiter im Landschaftspark Duisburg gegen die hohen Rohstoffpreise demonstrieren. Denn die schmälern die Konzerngewinne. Für die Gewinne der Aktionäre also sollten die Arbeiter aller Standorte mobil machen!

Doch ihr Plan ist nicht ganz aufgegangen. Die feurigen Reden für das gute Unternehmen und gegen die bösen Rohstoffspekulanten wurden von den Arbeitern mit Schweigen beantwortet. Der Beifall blieb aus. Stattdessen nutzten mehrere tausend Arbeiter verschiedener Standorte die Gelegenheit, um sich über die wachsende Arbeitshetze und die neusten Sauereien der Vorgesetzten auszutauschen, um über ihre eigenen wachsenden Rohstoffpreise bei Sprit, Strom und Lebensmitteln und die deshalb nötigen Lohnerhöhungen zu sprechen… oder gemeinsam eine Currywurst zu essen.

Proteste in Arizona: "Wir sind Menschen"

In 80 Städten der USA haben Menschen gegen die menschenverachtende Verschärfung des Einwanderungsgesetzes in Arizona demonstriert. In Los Angeles kamen 60.000 Menschen zusammen. Das neue Gesetz erlaubt der Polizei, jeden aufgrund seines Aussehens zu kontrollieren und sofort als „verdächtig" ins Gefängnis zu sperren, wenn er keine Papiere bei sich hat.

Für die mehreren hunderttausend Einwanderer ohne gültige Papiere, die oft seit Jahren in Arizona leben und arbeiten, meist in den härtesten, am schlechtesten bezahlten Jobs, bedeutet das Gesetz noch mehr tägliche Angst: Bei jedem Gang über die Straße müssen sie fürchten, angehalten, verhaftet und abgeschoben zu werden.
Und alle legalen Einwanderer liefert das Gesetz der Willkür rassistischer Polizisten aus, sobald sie einfach nur ihre Papiere vergessen haben – während es für Weiße nicht einmal eine Ausweispflicht gibt!

In den USA, in Japan, in der EU, überall gehen die reichen Länder mit immer schärferer und brutalerer Verfolgung gegen all diejenigen vor, die der bitteren Armut zu entfliehen versuchen. Immer höher ziehen sie ihre Mauern.

Und so sollen in Arizona jetzt auch die Menschen, die illegalen Einwanderern helfen und ihnen zum Beispiel Medizin geben, stärker verfolgt und bestraft werden.



Es ist also kriminell und verwerflich, einem anderen Menschen in der Not zu helfen. Ihn dagegen noch weiter ins Elend zu drängen, das ist ihr Gesetz.

Euro ja oder nein – eine Alternative für die arbeitende Bevölkerung?

Seit mehreren Wochen diskutieren einige Politiker wieder darüber, ob Deutschland mit oder ohne Euro besser dran wäre und ob es sich lohne, den Euro mit einem 750-Milliarden-Programm zu erhalten.
Keiner dieser Politiker aber erwähnt dabei, dass diese 750 Milliarden vor allem ein Hilfspaket für die deutschen und französischen Banken sind, die größten Kreditgeber von Griechenland, Spanien usw. Denn die würden bei einem Staatsbankrott dutzende Milliarden verlieren. Für diese neue Bankenhilfe soll die Bevölkerung nun bezahlen, und zwar in allen Euro-Ländern.

Die arbeitende Bevölkerung würde aber auch nichts gewinnen, wenn Mark, Francs und Lira wiederkämen. Im Gegenteil: Dann würde nämlich auf die einzelnen Währungen spekuliert und damit auf die Wechselkurse. Eine solche Entwicklung würde zwangsläufig den gesamten Handel zwischen den EU-Ländern drastisch schrumpfen lassen und damit die nächste wirtschaftliche Katastrophe hervorrufen. Das gilt insbesondere für den „Exportweltmeister" Deutschland. Denn rund 65% der deutschen Exporte gehen in andere EU-Länder, und das geht durch die gemeinsame Währung, den Euro, sehr viel leichter.

Die arbeitende Bevölkerung darf sich nicht in ihrem Gegner täuschen: Die drängende Frage für uns besteht nicht darin, ob man uns zur Rettung der Kapitalisten in Euro oder in Mark die Löhne kürzt und die Renten klaut. Sondern wie wir es schaffen, dies zu verhindern.

Die Ölkatastrophe von BP

Eine Gesellschaft mit unbegrenzter… Verantwortungslosigkeit

Noch immer strömen täglich 700.000 Liter Öl aus dem Bohrloch der BP-Plattform im Golf von Mexiko. Seit der Katastrophe, die 11 Arbeiter das Leben kostete, breitet sich der Ölteppich immer weiter aus, verseucht Meer und Küsten, bedroht Tiere, Pflanzen und die Existenzgrundlage vieler Menschen.

BP hat verkündet, man werde die Säuberungsarbeiten und alle „legitimen und objektiv überprüften" Ansprüche auf Schadensersatz begleichen. Doch die Fischer konnten bereits einen ersten Vorgeschmack davon bekommen, wie viel sie auf diese Versprechen geben können: Ihnen, die durch die Ölpest von heute auf morgen ihr Einkommen und vielleicht langfristig ihre Lebensgrundlage verloren haben, bot BP an, sie für die Säuberungsarbeiten zu engagieren, wenn sie dafür... auf alle Schadensersatzklagen verzichten würden!

Der Gewinn geht vor

Ja, es wird wohl kaum anders laufen als bei allen anderen Katastrophen dieser Art. BP wird zahlen, vielleicht, irgendwann, ein bisschen, nach zahlreichen Gerichtsprozessen – während die Betroffenen längst ruiniert sind.

Dabei hat BP problemlos die Möglichkeit, für sämtliche Folgen angemessen aufzukommen. Allein im letzten Jahr hat der Ölmulti 16,5 Milliarden (!) Dollar Gewinn gemacht.



Quelle: www.spiegel.de

Um seine Milliardengewinne zu vergrößern, hat BP in den vergangenen Jahren tausende Arbeitsplätze vernichtet, überall gespart und stets geschworen, dies geschehe nie auf Kosten der Sicherheit. Doch die jetzige Katastrophe ist bereits der dritte schwere Unfall in einer amerikanischen BP-Anlage in den letzten Jahren.

Erst 2005 kamen 15 Arbeiter der Texas-City-Raffinerie bei einer Explosion ums Leben, weil BP bei Wartung und Investitionen gespart hatte, wie das Gericht später feststellte. Wer weiß, welche Sparmaßnahme, in welchem Bereich der Plattform, bei welchem der drei beteiligten Konzerne BP, Halliburton und Transocean oder ihrer Zulieferer diesmal letztlich die Ursache war?

Doch auch unabhängig davon: Die Bohrung in solchen Tiefen des Meeres beinhaltet an sich schon große Risiken. Für die Ölkonzerne aber stellt sich die Frage nicht, ob die Risiken dieser Bohrungen für die Menschheit vielleicht größer sein könnten als ihr Nutzen. Sie sehen nur, dass jeder Tropfen Öl sich teuer verkaufen lässt. Das treibt sie zu immer risikoreicheren Bohrungen, immer tiefer auf dem Meeresgrund, immer tiefer in der Erde.

Erst bohren, dann denken

Mit der Plattform im Golf von Mexiko, die in 1500 Metern Tiefe auf dem Meeresgrund bis zu 10.000 Meter ins Erdinnere bohrt, hatte BP neue Rekorde aufgestellt. Und zwar ohne vorher umfassend und gewissenhaft zu erforschen, wie sie dort auftretende Störfälle beheben, wie sie auf eventuelle Probleme reagieren, wie sie die Risiken begrenzen könnten.
Erst jetzt stellen sie fest, dass die gewohnten Verfahren in solchen Tiefen nicht funktionieren und beginnen, nach Alternativen zu forschen. Während das Öl läuft, und läuft, und läuft.

Das aber hindert die Ölkonzerne nicht, bereits jetzt die nächste Ölplattform in Betrieb zu nehmen... die noch 1000 Meter tiefer liegt!
Für sie zählt einzig das Gesetz des Profits.

Schlafstörungen durch Arbeitshetze

Fast jeder zweite Arbeitende in Deutschland leidet unter Schlafstörungen – 20 Millionen Menschen. Die Hauptgründe sind laut Umfrage der DAK Stress und Angst, Lärm, Schichtarbeit, flexible Arbeitszeiten und Jobs nach 20 Uhr.
Wäre die Wirtschaft nicht nach der Gesundheit der Profite ausgerichtet, sondern nach der Gesundheit der Beschäftigten, dann könnten auch viele wieder besser schlafen. Nur die Unternehmer kriegen bei dem Gedanken Alpträume.

Ein Virus namens Kapitalismus

Auf Massen an nicht verwendetem Schweinegrippenimpfstoff sitzen die Bundesländer fest. Eine Viertel Milliarde Euro Verlust haben sie hierdurch gemacht. Der Hersteller aber, der britische Pharmakonzern GlaxoSmithKline, kann sich freuen: Seine Geschäfte hat die Schweinegrippe mächtig angekurbelt. Um 18% ist sein Milliardengewinn gestiegen.

Ja, für die Konzerne gibt's die Schutzimpfung, für die öffentlichen Kassen die Nebenwirkungen. Diese schweinische Krankheit nennt sich Kapitalismus.

Stadt Essen schenkt EON 2 Millionen Euro!

Erst jetzt kam heraus, dass die Stadt Essen 2008 dem EON-Konzern 2 Millionen Euro geschenkt hat. Weil der Bau der neuen EON-Konzernzentrale auf ehemals städtischem Boden teurer wurde als geplant, hat die Stadt freiwillig diese Mehrkosten gezahlt.

Der Stromkonzern EON mit seinen Milliardengewinnen hat solche Summen in der Portokasse. Die Stadt Essen aber hätte von diesem Geld zum Beispiel 10 Jahre lang den kostenlosen Förderunterricht für 800 Kinder weiter bezahlen können. Doch genau solchen sozialen Einrichtungen will die Stadt jetzt den Strom abdrehen… weil kein Geld da ist.

Wahlergebnis: Uns hilft nur eine Koalition der Arbeiter

Es ist schon eine Genugtuung, dass die CDU-FDP-Regierung von Bund und Land bei den Wahlen einen Schlag ins Gesicht erhalten hat. Da konnte sich Rüttgers noch so oft mit den Beschäftigten von Opel oder Karstadt fotografieren lassen, das hat ihm auch nichts gebracht. Die Wahlniederlage der FDP kann einen ebenfalls nur freuen. Ihr Versuch, Stimmen mit einer üblen Hetze gegen HartzIV-Empfänger zu fangen, ist kläglich gescheitert.

Auch die SPD hat es nicht geschafft, mehr Wähler zu mobilisieren. Nach 7 Jahren Schröder, 4 Jahren Großer Koalition und einer sehr zahmen „Opposition" ist zu offensichtlich, dass auch sie eine Politik für die Banker und Unternehmer macht. Ein Teil hat an ihrer Stelle Die Linke gewählt, die nun zum ersten Mal in den Landtag einzieht.

Den größten Zuwachs jedoch hat das Lager derjenigen erhalten, die gar nicht zur Wahl gegangen sind. Über 40% haben nicht gewählt, wohl oft aus einem Gefühl der Ohnmacht, dass ihre Interessen dort nicht zur Wahl stehen, dass ihr Wahlzettel an der kommenden Politik nichts ändern wird.

„10 düstere Jahre"

Es gab keine Partei, die bei der Wahl konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten hat. Und im Grunde stand bereits vor der Wahl fest: Egal wer gewinnt, nach der Wahl kommen die nächsten Angriffe auf uns zu.

Sie alle haben es schon vor der Wahl offen erklärt: CDU-Bundespräsident Horst Köhler hat „10 düstere Jahre" härtester Sparmaßnahmen bei der Bevölkerung verkündet. Sein Kollege Rüttgers hat „eine mehrjährige Fastenzeit" für die Menschen und massiven Stellenabbau im Öffentlichen Dienst angekündigt. Genauso haben SPD und Grüne, und auch Die Linke, in den von ihnen regierten Ländern und Städten eine solche massive Sparpolitik ausgerufen. Die Ruhrgebietsstädte können ein Lied davon singen.

Zwischen den Parteien hat nun das Tauziehen um mögliche Koalitionen begonnen. Für die Politiker werden die wichtigsten Fragen geklärt: Wer darf im größten Bundesland mitregieren und bekommt so Zugang zu Posten, Futtertrögen und Karriereleitern.



Wir lassen uns nicht einsparen!

Diese Koalitionsprobleme sind nicht unsere. Unser Problem ist, wie wir unsere eigene Koalition schaffen können: eine große Koalition der Arbeitenden, über Betriebe, Branchen, Stadtteile und Städte hinweg; eine Koalition des Widerstandes gegen die Angriffe von Unternehmern und Politik auf die einfache Bevölkerung. Eine solche Koalition ist unsere einzige Wahl.

Die Banken verdienen dreifach!

Es gibt nur einen Gewinner des 750-Milliarden-Hilfspakets der EU, und das sind wieder einmal die großen Banken der Welt.

Je ärmer ein Staat ist, desto höhere Zinsen verlangen die Banken für Kredite. Die Banken begründen dies mit dem höheren Risiko, dass die Staaten sie nicht zurückzahlen könnten.

Im Falle von Griechenland, von Spanien, von Portugal hat dies eine fürchterliche Spirale in Gang gesetzt. Die Banken verlangten hohe Zinsen, dadurch wurde der Staat noch ärmer und wackeliger. Und deshalb verlangten die Banken dann noch höhere Risiko-Zinsen: von Griechenland sogar 13, 14% noch in der vergangenen Woche. Mit diesen Wucherzinsen haben die Banken den Staatsbankrott verursacht und beschleunigt!

Und jetzt, nach der „Rettung" durch die EU, können sie diese hohen „Risiko"-Zinsen weiter kassieren – und zwar ohne noch irgendein Risiko zu haben: Wenn Griechenland oder irgendein anderes Euro-Land Zahlungsprobleme bekommt, springt nämlich jetzt die EU ein und zahlt.

Und das Sahnehäubchen auf der Torte: Wo bekommen die EU-Staaten im Notfall das Geld her, um ihren Teil des 750-Mrd.-Pakets zu bezahlen? Natürlich, sie leihen es sich... bei eben diesen Banken.

Ja, so können die Banken weiter risikofreudig in die Höhe klettern. Unter ihnen hängt schließlich das dicke Auffangnetz der Staaten – gewebt aus den Eingeweiden der einfachen Bevölkerung.

Verkehrte Welt

Die Arbeit macht krank - im Ruhrgebiet noch deutlich häufiger als durchschnittlich in Deutschland. Das haben die Krankenkassen festgestellt. Vor allem mit Muskel- und Skelett-Krankheiten haben die Arbeitenden immer öfter zu kämpfen: mit Problemen mit Bandscheiben, Rücken, Schulter, Hand...

Gerade im Ruhrgebiet können die Unternehmer die hohe Arbeitslosigkeit besonders als Druckmittel ausnutzen, um die Arbeitenden noch mehr und schneller schuften zu lassen... bis Knochen und Bandscheiben einfach nicht mehr mitmachen.

Das ist wirklich die Logik der Bosse: Die einen müssen malochen bis zum Geht-nicht-mehr, gerade weil so viele andere keine Arbeit bekommen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485